https://www.zdf.de/nachrichten/politik/desiderius-erasmus-stiftung-afd-foerderung-bundesverfassungsgericht-urteil-100.html 22.2.2023

Eigenes Gesetz gefordert : Stiftungs-Förderung: Karlsruhe gibt AfD Recht

Dass die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung keine staatlichen Fördermitteln bekommt, ist verfassungswidrig: Es fehlt an einem Gesetz. Die Koalition will rasch handeln.

Nicht nur zahlreiche AfD-Vertreter - auch die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), Erika Steinbach, ist zur Urteilsverkündung nach Karlsruhe gekommen. Als die Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Vorsitzende des Zweiten Senat, Doris König, pünktlich um 10 Uhr nach der Feststellung der Anwesenheit den Urteilstenor verliest, ist die Zufriedenheit auf der Antragstellerseite, der AfD, groß.

Die Antragstellerin wird in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz verletzt, weil das Haushaltsgesetz 2019 die Gewährung von Globalzuschüssen an politische Stiftungen ermöglicht, ohne dass dem ein gesondertes Parlamentsgesetz zugrunde liegt.

Doris König, Vorsitzende des Zweiten Senats

Das betonte König in den Vorbemerkungen zum Urteil.

Bisher übliche Praxis genügt nicht

Das heißt die bisher übliche Praxis, dass allein der Haushaltsausschuss des Bundestags jährlich über Fördergelder für die parteinahen Stiftungen befindet, ist unzureichend. Denn es brauche eine eindeutige, klare gesetzliche Grundlage für die Vergabe der Gelder, so das Bundesverfassungsgericht. (Az. 2 BvE 3/19)

Anders als die anderen sechs parteinahen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien

CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung

CSU: Hanns-Seidel-Stiftung

SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung

FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung

B‘90/Die Grünen: Heinrich-Böll-Stiftung

Die Linke: Rosa-Luxemburg-Stiftung

erhielt bisher die von der AfD 2018 anerkannte DES keine Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. So hatte es der Haushaltsausschuss aus unterschiedlichen Gründen Jahr um Jahr beschlossen, um dann für 2022 neu festzulegen, dass man Fördergelder nur erhalten könne, wenn die Stiftung die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes gewährleiste. ……

https://test.rtde.xyz/international/163645-russisches-parlament-billigt-aussetzung-atomabkommens/ 22.2.2023

Russisches Parlament billigt Aussetzung des Atomabkommens New START

Der vom russischen Präsidenten am Dienstag angekündigten Aussetzung des letzten großen atomaren Abrüstungsvertrages mit den USA, dem New START-Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen, wurde am Mittwoch vom russischen Parlament zugestimmt.

Beide Kammern der Föderalversammlung – dem russischen Parlament – haben am Mittwoch den von Präsident Wladimir Putin vorgelegten Gesetzentwurf gebilligt, mit dem Moskau seine Teilnahme am Vertrag über strategische Offensivwaffen (New START), dem letzten bestehenden Atomabkommen zwischen Russland und den USA, vorübergehend aussetzen wird. In einer dem Gesetzentwurf beigefügten Erläuterung erklären die Gesetzgeber, dass das Abkommen, mit dem die Zahl der weltweit stationierten Atomwaffen halbiert werden sollte, beiden Parteien die Durchführung von Inspektionen ermöglichen sollte, um die Einhaltung

der Verpflichtungen zu gewährleisten. Die USA kommen jedoch "ihren vertraglichen Verpflichtungen in diesem Bereich absichtlich nicht nach".

Aus diesem Grund und in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz hat der russische Präsident einen Vorschlag zur Aussetzung des Abkommens gemacht, heißt es in der Erläuterung. Auch die Entscheidung über eine Wiederinkraftsetzung der Bestimmungen des Vertrags in Russland wird der Präsident treffen. ……

https://www.t-online.de/region/berlin/id_100132522/bestechlich-polizist-in-berlin-soll-fast-250000-euro-genommen-haben.html 21.2.2023

Durchsuchungen an 41 Orten

Bestechlich? Polizist soll fast 250.000 Euro genommen haben

Zwei Polizisten sollen in Berlin Bestechungsgeld genommen haben. Im Gegenzug wurden Geschäftsleute vor Durchsuchungen gewarnt.

In Berlin wird gegen zwei Polizeibeamte ermittelt. Das berichten die Polizei Berlin und die Berliner Generalstaatsanwaltschaft. Zunächst stand der Verdacht der Bestechlichkeit und Bestechung im Raum. Inzwischen haben sich die Ermittlungen ausgeweitet auf Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche. An insgesamt 41 Orten in Berlin wurden Wohn- und zwei Diensträume der Polizei Berlin durchsucht.

Neben den zwei Polizisten gibt es sechs weitere Beschuldigte. Bei denen soll es sich nach Polizeiangaben um Geschäftsinhaber in Berlin handeln. Die beiden Beamten sollen diese vor anstehenden Kontrollen gewarnt haben. "Der Polizeiobermeister soll zudem Ermittlungsverfahren eingeleitet haben, ohne die Verdachtsgrundlage – beispielsweise Hinweise von den mitbeschuldigten Geschäftsinhabern – zutreffend zu erfassen", schreiben Polizei und Generalstaatsanwaltschaft.

Woher kam das Geld?

Auf dem Konto des Polizeiobermeisters sollen außerdem 249.000 Euro liegen, deren Quelle bisher unklar ist. Die soll nun anhand der im Rahmen der während der Durchsuchungen gefundenen Datenträger und Unterlagen geklärt werden.

https://nichtohneuns-freiburg.de/muenchen-massendemo-fuer-den-frieden-am-rande-der-muenchner-sicherheitskonferenz/ 22.2.2023

München – Massendemo für den Frieden am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz

Massendemo in München gegen Krieg

Während Annalena Baerbock und US-Vizepräsidentin Kamala Harris auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof über die weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine diskutierten, demonstrierten Tausende friedlich gegen den Krieg auf dem Königsplatz.

Am Samstag fanden in München am Rande der Sicherheitskonferenz mehrere Demonstrationen statt, die sich gegen das Treffen selbst richteten.

Die Organisatoren einer Gruppe, Munich Stand Up!, zählten zwischen 20 000 und 25 000 Teilnehmer.

Dem Aufruf der Münchner AfD folgten die Demonstranten am Samstagmorgen in den Alten Botanischen Garten, wo sie mit Friedenszeichen und russischen Fahnen zu sehen waren. ……

Rechte und Linke kommen zusammen

Egal, ob rechts oder links: Symbolisch hielten beide Gruppen Fahnen mit Friedenszeichen und russischen Farben.

In Slogans wurden die NATO und die Presse als “Kriegstreiber” kritisiert oder Parallelen zur Corona-Pandemie gezogen, von der viele glauben, dass sie zu bösartigen Zwecken inszeniert wurde. Zu den Rednern gehörten der Linkspolitiker Dieter Dehm und der ehemalige CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer. ……

Konfrontation mit Ukraine-Anhängern

Wie in den vergangenen Jahren zogen die Friedensdemonstranten durch das Stadtzentrum, wo sie an einer Versammlung am Odeonsplatz vorbeikamen – einer kleinen Gruppe von Anhängern der Ukraine.

Auf der Bühne vor der Feldherrnhalle sprachen die Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter (Grüne) und Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und forderten erneut die Eskalation des Krieges in der Ukraine.

Jamila Schäfer (Grüne) zeigte sich erfreut, dass die Regierung nun die Lieferung von Kampfpanzern eingeleitet hat.

Als die beiden Protestlager aufeinander trafen, blieb es friedlich. Allerdings wurde es etwas laut, weil beide Seiten ihre Parolen skandierten. ……

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 21.1.2023

Für gerade mal 200 Euro Energiekostenhilfe: Bundesregierung zwingt Studenten eine digitale Identität auf!

Für Studenten und Berufsfachschüler ist die Energiekostenhilfe der Bundesregierung nur mit digitaler ID zu bekommen. Das meldet der Ökonom Norbert Häring, der das Verfahren unter die Lupe genommen hat. Die Bundesregierung verspricht den Studenten ab Mitte März eine Einmalzahlung von 200 Euro. Während die Energiepauschale im vergangenen Jahr ganz unbürokratisch ausgezahlt wurde, müssen Studenten jetzt ein umständliches und langwieriges Antragsverfahren durchlaufen.

Dafür hat die Bundesregierung ein Konto bei der gescheiterten App „BundID" zur Bedingung gemacht. Damit soll diese wohl wiederbelebt werden. Auf einen Schlag kommen jetzt rund 3,5 Millionen mögliche Benutzer dazu. Und die müssen während des gesamten Antragsprozesse so ziemlich jedes persönliche Detail digital hinterlassen und zum Dauerspeichern freigeben.

Dabei kritisiert Häring auch die zahlreichen Schnittstellen zwischen Unis, Hochschulen und Fachhochschulen mit den verschiedenen beteiligten Bundesbehörden. Die Energiekostenhilfe hätte, so der Ökonom, ohne großen Aufwand mit den Semestergebühren verrechnet werden können. Das gewählte Verfahren deute auf das Ziel der Datensammlung hin.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 20.2.2023

Nein zur 15-Minuten-Stadt: Oxford demonstriert gegen irre Pläne der Stadtregierung

Tausende Bürger haben in Oxford gegen die Pläne der Stadtregierung demonstriert, aus Oxford eine sogenannte 15-Minuten-Stadt zu machen. Bereits im kommenden Jahr sollen sechs Viertel voneinander getrennt werden. Raus darf nur, wer eine Genehmigung hat (wir berichteten).

Es war nicht der erste Protest gegen die übergriffigen Konzepte der von der britischen Variante der deutschen Ampel geführten Regierung. Weitere Demonstrationen sind angekündigt. Die Zahl der Teilnehmer nimmt regelmäßig zu.

Die 15-Minuten-Städte werden unter anderem vom Weltwirtschaftsforum (WEF) propagiert und vorangetrieben. Offiziell soll damit das Klima geschützt werden. Kritiker sehen darin den offen zur Schau gestellten Plan, die Bürger rund um die Uhr zu kontrollieren und zu überwachen.

https://pleiteticker.de/ukraine-krieg-die-gruenen-wollen-mehr-waffen-und-keine-verhandlungen/ 22.2.2023

Exklusive INSA-Umfrage: 39 Prozent der Deutschen unterstützen Wagenknecht-Petition

Am „Manifest für den Frieden" von Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht scheiden sich die Geister und zeigen, wie gespalten Deutschland nach einem Jahr Ukraine-Krieg ist.

Ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Krieges spaltet der Konflikt die Deutschen. Das geht aus einer repräsentativen INSA-Umfrage (2006

Befragte) für das Interview-Portal „Schuler! Fragen, was ist" hervor, die sich mit dem „Manifest für den Frieden" der Feministin Alice Schwarzer und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht beschäftigt.

Auf die Frage: „Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem ‚Manifest für den Frieden' vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf. Wie stehen Sie zu diesem Manifest?" antworteten 39 Prozent, dass sie dem Manifest „zustimmen" oder „eher zustimmen". 38 Prozent lehnen den Vorstoß ab oder lehnen ihn „eher ab" (9 Prozent egal, 11 Prozent „weiß nicht", 3 Prozent keine Angaben). …..

https://uncutnews.ch/russland-will-digitalen-personalausweis-einfuehren/
17.2.2023

Russland will digitalen Personalausweis einführen

Es scheint, dass QR-Codes in Russland bald wieder in Mode kommen werden.

Über Interfax:

Das Ministerium für digitale Entwicklung wird der russischen Regierung gemeinsam mit dem FSB bis zum 1. Mai einen Verordnungsentwurf vorlegen, der die Verwendung eines digitalen Personalausweises auf Smartphones anstelle eines [internen] Reisepasses in einer Reihe von Alltagssituationen erlaubt.

Der Vorschlag wurde am Mittwoch vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterstützt.

„Bitte, je früher, desto besser (…) Natürlich sind solche Dienste sehr gefragt, und Sie müssen nur ihre Umsetzung beschleunigen. Bitte bereiten Sie diese Projekte vor", sagte Putin bei einem Treffen mit Mitgliedern der Regierung und reagierte damit auf den Vorschlag des Leiters des Ministeriums für digitale Entwicklung, Maksut Shadayev.

Die neue Form des Ausweises wird als digitale Kopie eines bereits existierenden Inlandspasses mit QR-Code dienen. (Russland stellt seinen Bürgern Inlandspässe aus, die für den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, die Eröffnung von Bankkonten usw. verwendet werden).

Schadajew versprach, dass es keine Pläne gebe, „den [Papier-]Reisepass abzuschaffen".

Quelle: Interfax

Wenn alles nach Plan läuft, wird die Einführung digitaler Ausweise in Russland mit der Einführung des sicheren und praktischen digitalen Rubels zusammenfallen, der in den kommenden Monaten in Umlauf gebracht werden soll.

Wir müssen noch einmal betonen, dass digitale Personalausweise unverschämt sicher und praktisch sind; sie werden niemals Papierausweise ersetzen und sie werden niemals dazu verwendet werden, ein seelenzerstörerisches digitales Panoptikum einzuführen.

Quelle: Russia to introduce digital identity cards

https://off-guardian.org/2023/02/17/russia-to-introduce-digital-identity-cards/